

RHEIN-WUPPER ZEITUNG

LEVERKUSEN OPLADEN
LEICHLINGEN

RHEINISCHE POST

Ist Volkes Stimme unterbezahlt?

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker wirbt für eine Professionalisierung der Stadträte in der Millionenstadt. Werden Ratsmitglieder zu schlecht vergütet? Was tun sie für ihr Geld? Eine Bestandsaufnahme für Leverkusen.

VON BERND BUSSANG

LEVERKUSEN Bernhard Marewskis Entscheidung, Kommunalpolitiker zu werden, reicht in eine Zeit zurück, in der es das Wort „Wutbürger“ noch nicht gab. Es war im Jahr 1988, als er sich über „die Kommunalpolitiker“ so richtig aufgeregt hatte, die „viel reden und nichts umsetzen.“ Das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, an dem er Geografie und Deutsch unterrichtete, sollte eine Gesamtschule werden. Das brachte Marewski sinnbildlich auf die Barrikaden und letztlich in den Leverkusener Stadtrat. Dort sitzt Marewski seit 1989. Inzwischen ist der 69-jährige CDU-Politiker auch Vorsitzender in den Ratsausschüssen für Schule, für Kultur für Bürger und Umwelt und einfaches Mitglied im Hauptausschuss. Hinzu kommt neben dem Sitz im Fraktionsvorstand sein Amt als 1. Bürgermeister der Stadt. Sechs Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche – „eine 40-Stunden-Woche kommt da schnell zusammen,“ sagt Marewski. Seine Einkünfte sind rasch addiert:



erliche Erleichterung für das Ehrenamt im Stadtrat vorstellen. Thomas Eimermacher ist selbstständig und kann sich seine Zeit einteilen. Nur so sei die 40-Stunden-Woche als Fraktionsvorsitzender machbar. „Es gibt keine schönere Arbeit, wenn man sich die Zeit einteilen kann“, sagt auch Stadträtin Eva Lux (SPD). Mit ihrem zusätzlichen Landtagsmandat und dem Ehrenamt der Bürgermeisterin ist ihr Terminkalender prall gefüllt. Für Großstädte wie Köln seien hauptamtliche Stadträte der richtige Weg. Doch auch in kleineren Städten wie Leverkusen müsse sich was ändern. Das betreffe vor allem die Arbeitgeber und ihre Bereitschaft, Ratsmitglieder für ihre ehrenamtliche Aufgaben freizustellen.

„Professionalisierung erreicht man nicht mit mehr Geld“

Bernhard Marewski
Ratsherr, CDU

Nach §45 Gemeindeordnung NRW erhalten Ratsmitglieder eine pauschale Aufwandsentschädigung von **497,70 Euro pro Monat**, unabhängig davon ob sie an Ratssitzungen teilnehmen oder nicht. Hinzu kommen gegebenenfalls Sondervergütungen für Mitgliedschaften in den kommunalen **Aufsichtsräten**. Die Höhe kann sehr unterschiedlich sein. Die lukrativsten Aufsichtsratsposten bietet wohl die Stadttochter Sparkasse, die nach besonderen Funktionen und Leistungen vergütet werden. An der Spitze stehen die Fraktionschefs der großen Ratsparteien mit Brutto-Jahresbezügen (2016) von 18.300 Euro (Thomas Eimermacher, CDU) und 17.400 Euro (Peter Ippolito, SPD).

INFO

Das bekommt ein Ratsmitglied?

497,70 Euro monatlich für das Ratsmandat (siehe Info-Kasten), plus 350 Euro Jahres-Honorar als Aufsichtsrat der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH und 1200 Euro Jahresbezüge als Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung – vor Steuern, versteht sich. Mehr Geld will Marewski nicht. „Ich lebe von meiner Pension“, sagt der frühere Gymnasiallehrer. „Professionalisierung erreicht man nicht mit mehr Geld“, ist er überzeugt. Ihm geht es um eine Auswahl nach Sachverstand. Und da könnte ein Modell helfen, das in Oulu, der finnischen Partnerstadt Leverkusens, praktiziert wird. Aus dem Kreis des ehrenamtlichen Stadtrats wird dort eine Stadtregierung gewählt, die hauptberuflich die Geschäfte führt und dafür sorgt, dass Ratsbeschlüsse umgesetzt werden. Den Vorstoß der Kölner Oberbürgermeisterin kann ihr Leverkusener Amtskollege, Uwe Richrath (SPD), nachvollziehen. „Doch kann man Köln nicht mit Leverkusen vergleichen“, sagt Richrath. Für ein hauptamtliches Parlament sei die Stadt zu klein. Doch müsse auch hier darüber nachgedacht werden, wie sich Beruf, Familie und Ratsmandat besser vereinigen lassen. Auf längere Sicht kann sich Richrath aber eine Professionalisierung der Stadtpolitik sehr gut vorstellen, spätestens wenn ein gemeinsames Parlament für die Metropol-Region mit Köln, Leverkusen, Düsseldorf und Bonn entstünde, wären hauptamtliche Politiker angeraten, denn sie hätten Verantwortung für rund 4,5 Millionen Menschen. Auch CDU-Fraktionschef Thomas Eimermacher kann dem Reker-Vorschlag für Köln Positives abgewinnen, für die 52 Ratsmitglieder Leverkusens hält er aber eine hauptamtliche Bezahlung für „übertrieben“. Doch könnte er sich eine steu-



Die Stimme des Volkes artikuliert sich auf kommunaler Ebene durch die Stadträte – sie sind gewählte Vertreter der Bürgerschaft. In Ausschusssitzungen und im Stadtrat entscheiden sie über mitunter hohe Summen. FOTO: ULRICH SCHÜTZ (ARCHIV)

497,70 Euro monatlich für das Ratsmandat (siehe Info-Kasten), plus 350 Euro Jahres-Honorar als Aufsichtsrat der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH und 1200 Euro Jahresbezüge als Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung – vor Steuern, versteht sich.

Mehr Geld will Marewski nicht. „Ich lebe von meiner Pension“, sagt der frühere Gymnasiallehrer. „Professionalisierung erreicht man nicht mit mehr Geld“, ist er überzeugt. Ihm geht es um eine Auswahl nach Sachverstand. Und da könnte ein Modell helfen, das in Oulu, der finnischen Partnerstadt Leverkusens, praktiziert wird. Aus dem Kreis des ehrenamtlichen Stadtrats wird dort eine Stadtregierung gewählt, die hauptberuflich die Geschäfte führt und dafür sorgt, dass Ratsbeschlüsse umgesetzt werden. Den Vorstoß der Kölner Oberbürgermeisterin kann ihr Leverkusener Amtskollege, Uwe Richrath (SPD), nachvollziehen. „Doch kann man Köln nicht mit Leverkusen vergleichen“, sagt Richrath. Für ein hauptamtliches Parlament sei die Stadt zu klein. Doch müsse auch hier darüber nachgedacht werden, wie sich Beruf, Familie und Ratsmandat besser vereinigen lassen. Auf längere

Sicht kann sich Richrath aber eine Professionalisierung der Stadtpolitik sehr gut vorstellen, spätestens wenn ein gemeinsames Parlament für die Metropol-Region mit Köln, Leverkusen, Düsseldorf und Bonn entstünde, wären hauptamtliche Politiker angeraten, denn sie hätten Verantwortung für rund 4,5 Millionen Menschen.

Auch CDU-Fraktionschef Thomas Eimermacher kann dem Reker-Vorschlag für Köln Positives abgewinnen, für die 52 Ratsmitglieder Leverkusens hält er aber eine hauptamtliche Bezahlung für „übertrieben“. Doch könnte er sich eine steu-

erliche Erleichterung für das Ehrenamt im Stadtrat vorstellen. Thomas Eimermacher ist selbstständig und kann sich seine Zeit einteilen. Nur so sei die 40-Stunden-Woche als Fraktionsvorsitzender machbar. „Es gibt keine schönere Arbeit, wenn man sich die Zeit einteilen kann“, sagt auch Stadträtin Eva Lux (SPD). Mit ihrem zusätzlichen Landtagsmandat und dem Ehrenamt der Bürgermeisterin ist ihr Terminkalender prall gefüllt. Für Großstädte wie Köln seien hauptamtliche Stadträte der richtige Weg. Doch auch in kleineren Städten wie Leverkusen müsse sich was ändern. Das betreffe vor allem die Arbeitgeber und ihre Bereitschaft, Ratsmitglieder für ihre ehrenamtliche Aufgaben freizustellen.

„Man kann Köln nicht mit Leverkusen vergleichen“
Uwe Richrath
Oberbürgermeister

KOMMENTAR

Keine Frage des Geldes

Die Kölner Oberbürgermeisterin hat sicher recht, wenn sie durch ihren Vorschlag suggeriert, dass der Kölner Stadtpolitik mehr Professionalität gut täte. Doch ist eine höhere Bezahlung der richtige Weg? Zweifel sind angebracht. Denn die Aussicht auf einen vernünftig bezahlten Job, von dem es sich einigermaßen gut leben lässt, lässt qualifizierte Fachleute eher kalt, sondern lockt mitunter das genaue Gegenteil an. Qualifikation erreicht man durch Auswahl, und die liegt zunächst beim Bürger selbst. Er sollte seine Wahl auch auf kommunaler Ebene genauer treffen, etwa indem er sich Vita und Qualifikation des Kandidaten genauer ansieht. Auch die Parteien selbst sollten darauf achten, wenn sie Führungspositionen besetzen. Zudem haben Ratsmitglieder unseren Respekt verdient. Sie im Internet anonym anzufinden ist leicht, es selbst besser zu machen schwerer. Politik verdient Interesse, Politiker Zuspruch, wenn sie sich bemühen und einsetzen. Geld ersetzt das nicht.

Bernd Bussang
bernd.bussang@rheinische-post.de